

## **NIEDERSCHRIFT Nr.: 15/L**

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

am **Mittwoch, 23.11.2016, um 16.00 Uhr**

15. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 18.00 Uhr

---

### Anwesend:

#### Vertreter des Senats

#### Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen  
Herr Robert Bücking  
Herrn Jens Crueger (ab 17:30 vertreten durch Herrn Güngör)  
Frau Sülmez Dogan  
Frau Susanne Grobien  
Herr Heiko Strohmann für Herrn Jörg Kastendiek  
Herr Andreas Kottisch (amt. Vorsitzender)  
Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner  
Herrn Klaus-Rainer Rupp  
Herr Christian Schäfer  
Herr Uwe Schmidt  
Herr Elias Tsartilidis

#### Von der Verwaltung

Herr Bruns	Herr Peters
Herr Brunßen	Herr Poppinga
Herr Cordßen	Herr Sengstake
Herr Drücker	Herr Staatsrat Siering
Frau Jansen	Frau Stellmacher
Herr Dr. Kühling	Herr Wiebe
Frau Niestädt	

#### Gäste

Frau Geber (WFB)  
Herr Dr. Haustein (WFB)  
Herr Kunstmann (Betriebsrat FBG)

**Abg. Kottisch** eröffnet die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

**Dep. Dr. Redder** bittet um Aussetzung von TOP 5.

**Staatsrat Siering** erklärt, die Vorlagen zu TOP 5 und TOP 19 werden zurückgezogen; im Falle von TOP 5 aufgrund eines Büroversehens, im Falle von TOP 19 aufgrund des engen Zusammenhangs mit dem noch zu beratenden Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms, das der Senat aber noch nicht beraten habe.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 14/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 26.10.2016**

**Beschluss:**

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

**An die Deputation als Sondervermögensausschuss**

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen  
Zwischenbericht zum 30.09.2016**

Vorlage Nr. 19/244-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2016 zur Kenntnis.

**An die Deputation**

**TOP 3 Produktgruppencontrolling  
hier: Controllingbericht Januar - September 2016**

Vorlage Nr. 19/245-L/S

**Abg. Frau Böschen** weist auf die Lage in der Opferentschädigung und Kriegsopferversorgung mit perspektivisch steigenden Fallzahlen hin. Die vorgestellte Lösung im Rahmen eines Ausgleichs durch den Gesamthaushalt sei zwar zu begrüßen, zukünftig sollte die Finanzierung dieser Bereiche aber besser im Haushalt verankert und langfristig abgesichert werden.

**Abg. Rupp** bezeichnet den Umgang mit den potenziell ausstehenden EFRE- und ESF-Mitteln der vergangenen und aktuellen Förderperioden als dramatisch. Die potenziell ausstehenden Mittel für die Förderperiode 2007-2013 könnten offenbar erst im kommenden Jahr verbucht werden, während das Programm 2014-2020 offenbar bisher nur in geringem Umfang umgesetzt werde. Offen sei auch, ob ein Verfall der Wiedereingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose drohe. Für die Auflösung der globalen Minderausgabe von 9,9 Mio. € gebe es noch keine Lösung, wie es insgesamt für die bekannten Probleme keine verbindlichen Lösungskonzepte gebe.

**Herr Wiebe** führt aus, das alle EU-Förderprogramm der Förderperiode 2014-2020 in der Umsetzung seien, d.h. auch bereits Projekte bewilligt worden seien. Für die zurückliegende Förderperiode mit deren ausstehenden Mittelbewilligungen seien die vom Ressort vorgeschlagenen Maßnahmen von der Prüfbehörde inzwischen geprüft und gebilligt worden. Allerdings müssten diese Maßnahmen noch von der Kommission genehmigt werden. Es sei zwar wenig wahrscheinlich, aber ein Zahlungseingang der ausstehenden EFRE-Mittel sei noch in 2016 denkbar. Die globale Minderausgabe werde erst am 29.11.2016 im Senat aufgelöst werden.

**Frau Jansen** bestätigt, dass das ESF-Programm 2014-2020 im Vollzug sei. Die Mittel für die Förderung von Langzeitarbeitslosen seien übertragbar. Insgesamt könne sie ein normales Zahlungsgeschehen für den Arbeitsbereich feststellen.

**Abg. Rupp** präzisiert, ausweislich der Seite 2 des Berichtes gebe es im ESF-Bereich Mindereinnahmen von 4,3 Mio. € aufgrund fehlender formaler Voraussetzungen. Sollte dies normal sein, so hätten diese Mindereinnahmen Teil der Haushaltsaufstellung sein müssen und nicht nachgebucht werden sollen.

**Frau Jansen** erklärt, mit den formalen Voraussetzungen sei die Designierungsprüfung gemeint, die für Bremen noch nicht abgeschlossen sei. Insgesamt hätten in der Bundesrepublik überhaupt erst zwei Bundesländer diese Designierungsprüfung abgeschlossen. Sie ist von der Kommission neu - nach dem Start der Haushaltsaufstellung 2016/17 in Bremen - in die Programmgenehmigungen implementiert worden, sodass noch keine Erfahrungswerte zum Prüfverfahren vorlagen.

#### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2016 zur Kenntnis.

#### **TOP 4   Beteiligungsbericht über das 1. - 3. Quartal 2016**

Vorlage Nr. 19/246-L/S

**Dep. Dr. Redder** hält den Bericht insgesamt für unverständlich. Es gebe laufend Irritatio-

nen durch unvollständig wirkende Tabellen. Des Weiteren ergäben die Bewertungsmilieus kein klares Bild. In diesem Zusammenhang stelle er auch die derzeitige Definition der Smilies in Frage. Seines Erachtens sollte der Bericht neu geschrieben werden.

**Abg. Kottisch** äußert Besorgnis hinsichtlich der Lage der Universum Management-GmbH, deren Ergebnis mit 172.000 € unter dem Plan liege. Er betont, dass das Universum nach wie vor eine gute Einrichtung mit starker Symbolkraft für den Strukturwandel in Bremen sei. Erläuterungsbedarf sehe er für den Abbau von 32 Arbeitsplätzen am Flughafen.

**Abg. Rupp** schließt sich der formalen Kritik des Dep. Dr. Redder an. Die Lage am und um den Flughafen bitte auch er zu erläutern. Auffällig sei, dass die WFB ihre Defizite weiterhin aus Rücklagen ausgleichen müsse; es stelle sich die Frage, wie lange dies durchgehalten werden könne, ohne auf das Stammkapital zurückgreifen zu müssen.

**Abg. Frau Grobien** verweist auf die schon genannten Inkonsistenzen und wirft die Frage auf, ob der Beteiligungsbericht oder seine Methodik das richtige Controllinginstrument sei.

**Abg. Frau Bösch** fragt, wie den nicht zu beseitigenden Stellenvakanzen bei bremenports aufgrund der unzureichenden Bewerberlage begegnet werden solle.

**Staatsrat Siering** gibt zu bedenken, dass es sich um einen Zwischenbericht zum 3. Quartal des Jahres handele und man den Bericht zum Jahresende abwarten sollte statt diesen neu zu schreiben. Im Übrigen werde der Beteiligungsbericht nach den Vorgaben des Finanzressorts erstellt.

Im Falle des Flughafens fehle eine Zeile in den Erläuterungen; sie laute „beträgt **TEUR 3.000 einschl. der Auswirkung nach § 613a BGB**“. In diesem Zusammenhang weist er auf die Ausgliederung der Bodenverkehrsdienste hin, zu denen es noch keine Ausschreibungsergebnisse gebe.

bremenports leide unter einem Fachkräftemangel, sodass der Aufsichtsrat der Geschäftsführung den Auftrag erteilt habe, ein entsprechendes Rekrutierungsprogramm als kontinuierlichen Prozess zu Stellenbesetzungen zu entwickeln.

**Herr Dr. Kühling** erklärt zur Lage der WFB, dass diese inzwischen unter nachlassenden Erlösen aus dem Immobilienvermögen und -management leide und ohne eine Änderung der bisherigen Verhältnisse und Prozesse ab 2018 mit ernsthaften Problemen rechnen müsste. Insofern sei inzwischen ein Erneuerungsprozess eingeleitet worden, zu dem mit Vorlage Nr. 19/230-L/S unter TOP 12 ein Zwischenbericht gegeben werde.

Für das Universum sei nach der Neuaufstellung mit 10.000 Besuchern mehr gerechnet worden. Es sei nach wie vor die besucherstärkste Einrichtung dieser Art in Bremen, trotzdem sei das Ergebnis nicht vollbefriedigend, denn auch die Besucherstruktur mit einem

stärkeren Kinder- und Jugendanteil belaste das Ergebnis zusätzlich. Den Problemen solle im Rahmen des noch aufzustellenden Wirtschaftsplans begegnet werden.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. – 3. Quartal 2016 zur Kenntnis.

**TOP 5 Controllingbericht der WFB per 30.09.2016**

Vorlage Nr. 19/247-L/S

Die Vorlage wird zurückgezogen.

**TOP 6 Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 3. Quartal 2016**

Vorlage Nr. 19/248-L

**Dep. Dr. Redder** hält diesen Bericht für ein gutes Vorbild und deutlich besser als den bremischen Teil.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 3. Quartal 2016 zur Kenntnis.

**TOP 7 Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 3. Quartal 2016**

Vorlage Nr. 19/249-L

**Staatsrat Siering** nimmt Bezug auf die Sitzung des Hafenausschusses am 26.10.2016 und die Berichterstattung zum Asbest-Vorfalles bei der FBG. Dazu habe das Ressort inzwischen eine rechtliche Stellungnahme eingeholt, um ein eventuelles Organversagen der Geschäftsführung der FBG zu prüfen. Ausweislich dieser Stellungnahme gebe es aktuell keine Anhaltspunkte für ein zivilrechtlich schuldhaftes Handeln der Geschäftsführung, so dass die staatsanwaltlichen Ermittlungen abzuwarten seien.

Die rechtliche Stellungnahme wird auch dem Aufsichtsrat der FBG vorgelegt werden und über diesen Weg auch den Arbeitnehmervertretern zugeleitet. Sie behandle ausschließlich die zivilrechtliche Verantwortung im Rahmen des Geschäftsführer-Vertrages und stelle keinen vorauseilenden Freispruch der Geschäftsführung von aller Verantwortung dar. Das weitere Verfahren werde von Ressort konstruktiv begleitet. Nachdrücklich unterstreicht **Staatsrat Siering**, dass eine Wiederholung eines ähnlichen Vorfalles zukünftig

ausgeschlossen sein müsse.

**Abg. Frau Dogan** bestätigt, dass eventuelle disziplinarische Maßnahmen ein Thema der rechtlichen Stellungnahme sein sollten. Sie vermisst aber im aktuellen Sachstand eine angemessene Berücksichtigung der Sorgen der Betroffenen. Es sei bedauerlich, dass ressortseitig diese Aspekte nicht stärker bearbeitet würden. Positiv bewertet sie die Weiterleitung der Stellungnahme an den Aufsichtsrat, doch müsse auch gegenüber den Beschäftigten mehr Transparenz und Fürsorge hergestellt werden.

Nach Ansicht der **Abg. Frau Böschen** sei in der angesprochenen Sitzung des Hafenausschusses nur über disziplinarische Maßnahmen in Richtung der Geschäftsführung gesprochen worden. Eine genaue inhaltliche Kenntnis der Stellungnahme sei nicht erforderlich, doch müsse ein Höchstmaß an Information und Transparenz gegenüber den Betroffenen herrschen. **Abg. Frau Dogan** erinnert, dass nach dem Protokoll des Hafenausschusses nicht nur disziplinarische Maßnahmen, sondern eine allumfassende Verantwortlichkeit abgeprüft werden sollte.

**Herr Kunstmann** (Betriebsrat FBG) begrüßt die anstehende Information des Aufsichtsrates als Schritt in die richtige Richtung. Er hoffe, dass die zurückhaltende Informationspolitik gegenüber den Beschäftigten damit geheilt und Transparenz hergestellt werde.

**Abg. Kottisch** hebt hervor, dass die Gesundheit der Betroffenen bzw. die gesundheitlichen Folgen durch den Vorfall im Vordergrund stehen sollten.

**Staatsrat Siering** verdeutlicht, es handele sich nicht um ein ausgewiesenes rechtliches Gutachten und die eingeholte Stellungnahme kläre auch nicht eine strafrechtliche Schuldfrage; insofern stelle dies auch keinen Persilschein für die Geschäftsführung dar.

Seiner Kenntnis nach habe es in der FBG inzwischen mehrere (Teil-)Betriebsversammlungen für eine breite Aufklärung gegeben. Er betont, dass Ressort und FBG zu einer korrekten und dem Vorfall gebührenden Behandlung und Information der Betroffenen entschlossen seien und es keine Anhaltspunkte für ein Mauern gebe.

**Abg. Reinken** stellt fest, die Klärung der Verantwortlichkeiten sei das eine, doch von größerer Bedeutung sei die Transparenz hinsichtlich des Gesundheitsschutzes bzw. der -belastung und daraus resultierender Maßnahmen. Konkret stelle sich die Frage, ob es hierzu noch Lücken gebe oder ob diese Lücken inzwischen ausgefüllt seien.

**Abg. Frau Dogan** unterstreicht die Bedeutung einer transparenten Informationspolitik für die Betroffenen. Darüber hinaus müssten auch in Richtung anderer Baustellen und eine umfassende Untersuchungen der internen Prozesse eingeleitet werden.

**Abg. Frau Böschen** weist die erhobenen Anwürfe gegen die Geschäftsführung als bloße Behauptung zurück; derartige Verdächtigungen gehörten nicht in eine öffentliche Sitzung

sondern polizeilich untersucht.

**Staatsrat Siering** verweist auf die Fürsorgepflicht des Ressorts auch gegenüber der Geschäftsführung. Es gebe aktuell keine Veranlassung für das Ressort, die Geschäftsführung von ihren Aufgaben zu entbinden und es bestehe auch kein Restverdacht in irgendeine Richtung. Insofern halte er die versteckten Anwürfe gegenüber der Geschäftsführung für falsch.

**Herr Kunstmann** führt zur Frage des Abg. Reinken aus, dass es noch Lücken in der Aufarbeitung gebe, insbesondere lägen noch nicht alle individuellen Expositionsuntersuchungen vor. Zudem sei ein Informationstermin, unter anderem mit Herrn Gronau, abgesagt worden, sodass die Lage tendenziell ernüchternd sei.

Er führt weiter aus, dass der Betriebsrat die Betriebsingenieure um eine Prüfung anderer Baustellen und Gebäude gebeten habe, da es sich um einen alten Gebäudebestand handele, der zur Sorge hinsichtlich einer potenziellen Asbestbelastung berechtige. Diese Sorge hätten die Beschäftigten auch Frau Dogan mitgeteilt.

**Abg. Reinken** legt dar, dass es aus den vergangenen Jahrzehnten nur wenige Beschäftigte in der Industrie in Bremen geben dürfte, die völlig ohne Kontakt mit Asbest geblieben seien. Aus dieser Erfahrung heraus sei eine konkrete Erfassung der Daten eine Exposition und eine lückenlose, rechtssichere Dokumentation für die Beschäftigten von größtem Gewicht.

**Abg. Kottisch** bittet den Betriebsrat auch im Sinne der Beschäftigten gegebenenfalls auf das Ressort zuzugehen.

**Abg. Frau Dogan** weist Vorwürfe in Richtung Stimmungsmache zurück. Ihre Intention sei es, eine umfassende Aufklärung zu betreiben sowie den Beschäftigten ein angemessenes Gehör und adäquate Unterstützung zu verschaffen.

**Herr Peters** stellt klar, dass Ressort und FBG unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls Maßnahmen zur Aufklärung eingeleitet hätten. Zentrale Bedeutung für die Betroffenen habe die Erstellung eines individuellen Expositionsverzeichnisses über die individuelle Dauer und Höhe der Exposition während der Arbeiten im Gebäude in der Klußmannstraße. Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass mit den zuständigen Stellen eine rechtssichere Untersuchungs- und Analysemethodik entwickelt wird, die dann auch von der zuständigen Berufsgenossenschaft anerkannt werde. Ziel ist es, dass die Betroffenen im Falle einer Erkrankung rechtsicher dokumentieren könnten, welcher Belastung sie ausgesetzt gewesen seien, um später die zuständige Berufsgenossenschaft in Anspruch nehmen zu können und nicht erst dann in einen juristischen Streit um die Anerkennung der Belastung eintreten zu müssen. Daher war es maßgeblich, die Zustimmung zur Methode

für die Erstellung der Expositionsverzeichnisse durch die zuständigen Stellen zu erhalten. Die Zustimmung der Berufsgenossenschaft liege seit heute vor.

**Abg. Kottisch** wiederholt die Aufforderung an den Betriebsrat der FBG, sich im Falle von problematischen Entwicklungen auch direkt ans Ressort, gegebenenfalls auch an die Politik zu wenden.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 3. Quartal 2016 zur Kenntnis.

**TOP 8 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31, 71 und 81**

Vorlage Nr. 19/259-L/S

Nach Ansicht des **Abg. Rupp** sei eine Beschlussfassung über diese Vorlage ohne Beschlussfassung des Senats zur Auflösung anderer Haushaltsrisiken eigentlich unmöglich. Inhaltlich vermisse er, dass zur Gegenfinanzierung keine Alternative entwickelt worden sei; die Konsequenzen weiterer Kürzungen blieben völlig unbeachtet. So habe etwa Hafenskapitän Mai in der vorangegangenen Sitzung des Hafenausschusses dargelegt, dass ein Aufgabenzuwachs mit bestehenden PEP-Quoten im HBH dauerhaft nicht in Einklang zu bringen sei; diese Einschätzung teile er – eher sehe er in Teilen der Bereiche inzwischen einen Personalmangel. Des Weiteren gebe es zusätzliche Belastungen der Personalhaushaltes durch Rückkehrer sowie die bald zusätzlich aufzunehmenden Mitarbeiter von WFB und Stadtamt, die aber in Relation zu ihrem Aufgabenumfang tendenziell unterbesetzt seien. Insgesamt wirke dies alles konzeptlos auf ihn.

**Abg. Frau Grobien** signalisiert die Ablehnung ihrer Fraktion. Erschreckend sei die vorgesehene Finanzierung aus investiven Mitteln der geplanten Mittelweservertiefung. Das HBH sehe sie wie Abg. Rupp in einer kritischen Lage, die so nicht aufgelöst werden würde.

**Abg. Kottisch** äußert sich zustimmend zur Vorlage. Allerdings sei es Wunsch seiner Fraktion, dass die Finanzierung aus konsumtiven Mitteln erfolge; die investiven Mittel würden nur im Fall einer verfehlten konsumtiven Finanzierung eingesetzt werden.

**Herr Wiebe** erläutert, dass die Senatsbefassung eigentlich am 22.11.2016 erfolgt sein sollte, nun aber erst nächste Woche stattfinde, doch ein Deputationsbeschluss Voraussetzung für den Beschluss des HaFA sei.

Die vom Ressort bevorzugte Lösung sei eine Finanzierung aus konsumtiven Mitteln, und er sei auch vorsichtig optimistisch, dass dies gelingen werde, vorbehaltlich der ausstehen-

den Senatsbefassung. Diese würde insbesondere auch die Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve regeln. Davon wiederum sei abhängig, ob eine vollständige Abdeckung der Personalmehrausgaben durch konsumtive Mittel möglich sei.

Die PEP-Quoten seien global vorgegeben und würden damit nicht immer den tatsächlichen Bedarfen entsprechen. Augenfällig sei dies in der Tat beim HBH. Jedoch seien die senatorischen Dienststellen gefordert, mittels interner Priorisierung Einzelbelastungen ihrer Ämter aufzufangen.

Die EFRE-Prüfbehörde sei inzwischen in einer zentralen Prüfinstitution beim Finanzressort angesiedelt; das Personal habe aber laut der Vereinbarung der Ressorts ein Rückkehrrecht, das von vier der sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Anspruch genommen worden sei und somit zu einer zusätzlichen Belastung des Personalhaushaltes führe. Insgesamt sehe er den Personalbestand im Vergleich zur Kontraktphase mit dem Finanzressort der Jahre 2012-2015 gut aufgestellt. Nunmehr aber sei der Personalabbau angesichts des Aufwandes in großen Teilen an die Grenze gelangt.

Auf Nachfrage des **Abg. Kottisch** bestätigt er, dass die Maßnahme „Mittelweser“ keinesfalls gefährdet sei.

**Abg. Rupp** verweist auf die Haushaltsanträge für die Beschlussfassung durch Haushalts- und Finanzausschuss (HaFA). Dort seien zum Teil kleinteilige Kürzungen aller Art verzeichnet, sodass sich die Fragen stellten, ob die Mittel tatsächlich nicht benötigt würden oder ob es sich um Kürzungen handele; zudem würden Haushaltsanträge zur Begründung auf die Deputationsvorlage verweisen, die in Sachen der Begründung aber sehr bedeckt gehalten sei. Insofern bitte er, dass im HaFA kurz skizziert werde, inwieweit sich die Kürzungen auswirkten und warum die Mittel nicht mehr im vorgesehenen Anschlag benötigt würden.

### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von 1,316 Mio. Euro durch Einsparungen aus Personalmitteln in Höhe von 57 Tsd. Euro, aus konsumtiven Mitteln in Höhe von 1,146 Mio. Euro und aus Einnahmen aus dem Hafenslotsdienst in Höhe von 113 Tsd. Euro zu (Einzelheiten können den anliegenden Nachbewilligungsanträgen entnommen werden).
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt ersatzweise einer Inanspruchnahme aus investiven Mitteln bei der Haushaltstelle 0801/881 10-6, Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser, in Höhe 952.230 € zu, sofern konsumtive Mittel nicht in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen.

Die Beschlussfassung zu Ziffer 1 erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und DIE LINKE, zu Ziffer 2 gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP sowie des Vertreters der Gruppe LKR.

#### **TOP 9 Umstrukturierung des Wirtschaftsressorts - Bericht zur Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH**

Vorlage Nr. 19/240-L/S

**Abg. Frau Grobien** bemerkt eine Diskrepanz zwischen der Vorlage und dem Schreiben des Abg. Kastendiek und dessen Forderung nach einer Entscheidung durch die Deputation. **Staatsrat Siering** stellt dazu fest, es gebe noch nichts zu entscheiden; der Senat habe zunächst ein Projekt initiiert, an dessen Ende möglicherweise eine Umorganisation des Stadtamtes bzw. seiner Aufgaben stehe.

**Abg. Frau Grobien** gibt dazu den Hinweis, dass die Deputation abschließend entscheiden müsse.

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** unterstreicht **Staatsrat Siering**, es gebe aktuelle keine entscheidungsrelevanten Vorgänge; der Senat habe das erwähnte Projekt aufgesetzt, dessen Ergebnisse am Ende der Deputation zur Beschlussfassung vorgelegt würden.

#### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorgelegten „Bericht zur Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH“ zur Kenntnis.
2. Der staatlichen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird über den Projektfortschritt weiter berichtet.
3. Nach Abschluss des Umstrukturierungsprozesses wird das Ergebnis der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgelegt.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

#### **TOP 10 Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz)**

Vorlage Nr. 19/238-L

**Abg. Frau Bergmann** begrüßt die Initiative zur Verlängerung des Mittelstandsförderungsgesetzes und fragt, wieso dies nur um zwei Jahre geschehe. **Abg. Rupp** meint, das Gesetz sollte entfristet werden.

**Staatsrat Siering** erklärt, die Verlängerung eröffne ein Zeitfenster für eine systematische Überprüfung und gegebenenfalls Überarbeitung des Gesetzes.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der auf zwei Jahre befristeten Fortdauer des Mittelstandsförderungsgesetzes zu.

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen überreicht das Ergebnis ihrer Beratung vom 23. November 2016 an die Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 11 Investitionsförderung im Land Bremen, Landesinvestitionsförderprogramm (LIP 2014),**

**Jahresbericht 2015**

Vorlage Nr. 19/251-L

Nach Ansicht der **Abg. Frau Böschen** scheinen die Maßnahmen bisher weitgehend an der Förderung von Frauenarbeitsplätzen vorbeizugehen; wenigstens werde die 5000€-Bonusförderung von Frauenarbeitsplätzen nicht in Anspruch genommen. Sie bitte, die Maßnahmen und Instrumente zur Förderung von Frauenarbeitsplätzen weiter zu überdenken und zu schärfen, um die Förderzahlen dieses Bereichs zu verbessern.

**Abg. Rupp** verweist darauf, dass die Vorschriften für eine branchenbezogene Förderung eine spezielle Förderung von Frauenarbeitsplätzen erschweren könnten; vielleicht sei eine Konzentration von Landesmitteln ein Weg zu einer stärkeren Förderung von Frauenarbeitsplätzen.

Er führt weiter aus, dass die Wirksamkeit des Programms insgesamt zurückgegangen sei; die Mittel würden nicht mehr wie bisher in Anspruch genommen, sodass sich die Frage stelle, ob das Instrument verändert werden solle.

**Herr Dr. Kühling** stellt fest, dass die Zahlen der Frauenförderung unbefriedigend seien und weiter geprüft werden müsse, wie die Unternehmen erreicht würden. Da eine erfolgreiche Förderung von Frauenarbeitsplätzen im Wesentlichen von den Unternehmen abhängen, solle insbesondere die entsprechende Motivation der Unternehmen gestärkt werden.

Die Darlehensförderung insgesamt verspreche unter anderen Zinsbedingungen deutlich höhere Erfolge; die aktuellen Bedingungen böten nur geringe Vorteile bei verhältnismäßig hohem Aufwand. Der Erfolg der Förderinstrumente lasse sich aber auch an der Zahl der besetzten Arbeitsplätze ablesen; das LIP sei ein Teil dieses Erfolgs. Unabhängig davon müsse es weiter geschärft werden.

**Abg. Kottisch** meint, der Programmumfang des LIP sei zwar nicht bedeutend, aber besonders für die Einzelfallbehandlung und direkten Ansprache potenzieller Investoren interessant.

**Abg. Rupp** fragt nach, ob es Überlegungen bezüglich der Verlagerung in andere Instrumente oder Alternativen gebe. **Abg. Kottisch** bemerkt, dazu sei das Ressort aufgefordert. Das LIP sei bereits lange in Kraft und habe sich als individuell hilfreich unter den Förderinstrumenten erwiesen.

**Herr Wiebe** führt aus, der Erfolg der Förderinstrumente im Allgemeinen wie auch des LIP im Besonderen lasse sich an der guten wirtschaftlichen Entwicklung und den besetzten Arbeitsplätze ablesen. Er erinnert, dass die Darlehensförderung nicht zuletzt aufgrund befürchteter Mitnahmeeffekte installiert und ihre Wirksamkeit auch nachgewiesen worden sei. Die weitere Schärfung lasse sich an der stärkeren Bereitstellung von Wagniskapital mittels der neu eingerichteten EFRE-Darlehens- bzw EFRE-Wagniskapitalfonds ablesen. In Richtung der Abg. Frau Böschen verweist er auf den dritten Absatz der Gender-Prüfung, wonach bei besonderen Struktureffekten – gemeint seien Frauenarbeitsplätze – höhere Fördersätze folgen könnten; die Entwicklung dieser Maßnahme sollte zunächst weiter abgewartet werden.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Jahresbericht 2015 über die Investitionsförderung im Land Bremen zur Kenntnis.

**TOP 12 Branchendialog im Einzelhandel des Landes Bremen**

Vorlage Nr. 19/241-L

Die **Abg. Frau Bergmann** fragt nach, wie die Ziele des jetzt erstmals stattfindenden Branchendialoges seien. Konkrete Erwartungen würden auf Seite 4 der Vorlage sehr vage formuliert.

Die **Abg. Frau Böschen** führt aus, dass auch gerade im Bereich des Einzelhandels für Frauen oftmals prekäre Beschäftigungsverhältnisse und geringe Tarifbindungen wahrgenommen werden. Es sei daher zu begrüßen, dass hiermit ein Dialog zwischen Gewerkschaften und Unternehmern hergestellt würde, um ggf. eine stärkere Tarifbindung schaffen zu können.

Der **Abg. Rupp** wirft vor dem Hintergrund der seines Erachtens dramatischen Situation in dieser Branche mit hohem Frauenanteil die Frage auf, ob es nicht auch durch den Gesetzgeber Möglichkeiten gäbe, auf die Auswirkungen der Ladenschlusszeiten etc. einwirken zu können. Hier sei der Anteil von betroffenen Frauen besonders hoch. Man müsse in solch einen Dialog mit konkreten Vorstellungen eintreten und überlegen, wie entsprechende Anforderungen aussehen könnten.

Der **Abg. Bücking** stellt fest, dass wichtig sei sich zusammzusetzen und wesentliche

Themen anzusprechen, aufzugreifen und zu prüfen, welche Qualität die bisherigen Arbeitsverhältnisse haben. Hieraus werde sich ein entsprechender Handlungsdruck entwickeln.

**Frau Jansen** weist darauf hin, dass ein offener Dialog stattfinden solle. Daher sei im Vorfeld bewusst auf Vorgaben und genaue Zielsetzungen verzichtet worden.

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Planung für den Branchendialog Einzelhandel im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen überweist die Vorlage zur Kenntnisnahme an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

**TOP 13 IAB-Betriebspanel - Auswertung der Befragung in 2015 für das Land Bremen**

Vorlage Nr. 19/233-L

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Bergmann**, warum in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes trotz der guten Beschäftigungsentwicklung für ältere Arbeitnehmer statt der Durchführung von Weiterbildungsangeboten häufiger eine Leistungsreduzierung erfolge, erklärt **Frau Jansen**, dass die Ermittlung von Gründen dafür nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen sei. Es liege allerdings die Vermutung nahe, dass ältere Arbeitnehmer eher von sich aus die Möglichkeit einer Arbeitszeitreduzierung wählen, um somit mehr freie Zeit im Rahmen von Work-Life-Balance zu haben.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Auswertung der IAB-Betriebspanelbefragung 2015 für das Land Bremen zur Kenntnis.

**TOP 14 Änderung der Verordnung über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände**

Vorlage Nr. 19/253-L/S

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Verordnung über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände zu.

Die Beschlussfassung **einstimmig**.

## **TOP 15 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung und der Bremischen Hafenordnung zum 01.01.2017**

Vorlage Nr. 19/252-L/S

### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung und der Bremischen Hafenordnung mit Wirkung zum 01. Januar 2017 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen des Vertreters der Fraktion der FDP.

## **An die Deputation als Sondervermögensausschuss**

### **TOP 16 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land); Zwischenberichte zum 30.09.2016**

Vorlage Nr. 19/243-L/S

### **Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2016 zur Kenntnis.

## **An die Deputation**

### **TOP 17 Zwischenbericht über die Neuausrichtung wirtschaftspolitischer Instrumente des Landes und die Neuordnung der WFB**

Vorlage Nr. 19/230-L/S

**Herr Dr. Kühling** rekapituliert einleitend die vergangenen Umstrukturierungen der mit Wirtschaftsförderungsangelegenheiten betrauten Institutionen. Im Weiteren habe sich herausgestellt, dass sich die erwarteten Synergieeffekte, insbesondere zwischen dem Messebereich an der Bürgerweide und den im Kontorhaus angesiedelten Unternehmensteilen der WFB nicht im erwarteten Umfang eingestellt hätten. Die zunehmenden Finanzprobleme auf der Einnahmenseite und weiter steigende Löhne und Gehälter lassen inzwischen auf strukturelle Risiken schließen. Insofern habe der Senat einen Neuordnungsprozess eingeleitet. Die Planungen sähen vor, dass eine Integration der Innovationsabteilung der WFB in einer Innovations- und Industrieabteilung im Wirtschaftsressort vollzogen und eine Gesellschaft für Messe, Großmarkt und technischen Marktbetrieb geschaffen werde. Zudem soll eine Überprüfung der strategischen Flächenentwicklung erfolgen. Weitere Einsparpotenziale sollten stellen- und aufgabenbezogen geprüft und gegebenenfalls gehoben werden; dabei würden die Beschäftigten transparent informiert.

Die Businesspläne für die zukünftig zwei Gesellschaften seien in Vorbereitung; er ist der Ansicht, dass im ersten Halbjahr 2017 Ergebnisse zur Beschlussfassung vorgestellt werden könnten.

**Abg. Frau Grobien** erinnert, dass bereits die letzte Zusammenführung der aktuellen Unternehmensbereiche umstritten gewesen sei. Sowohl Verfahren wie auch die Inhalte der jetzt anstehenden Neuorganisation betrachte sie kritisch, insbesondere die Integration einer Innovationsabteilung im Ressort. Im Übrigen mahnt sie die noch ausstehende Beschlussfassung der Deputation an.

**Abg. Rupp** hält zahlreiche Fragen für unbeantwortet. Völlig unklar sei, welche Kosten auf das Ressort zukämen, mit welchem Konzept und Auftrag die Innovationsabteilung integriert werden solle bzw. in welchem Verhältnis sie zur Abteilung Wirtschaft stehen werde. Der Umsetzungstermin zum 1.1.2017 sei unrealistisch; jedenfalls sehe er nicht, wie hierzu noch die Zustimmung der Deputation eingeholt werden könne.

**Dep. Dr. Redder** hält die Qualität in der täglichen operativen Arbeit durch die Innovationsmitarbeiter der WFB für gefährdet; aus seiner Sicht, auch in seinen Netzwerken geäußert, bestehe die Sorge, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zukünftig verstärkt mit ministeriellen Aufgaben betraut würden.

**Herr Dr. Kühling** unterstreicht, dass die Planungen aus der heutigen Vorlage nur einen Zwischenschritt darstellten.

Mit der dargestellten Integration der Innovationsabteilung im Ressort werde auch auf die veränderte Aufgabenstellung in diesem Bereich reagiert, die inzwischen eine engere Verzahnung strategischer und operativer Arbeit erfordere. Darüber hinaus würde auch der Verlust wertvoller Mitarbeiter im Innovationsreferat bei der senatorischen Behörde kompensiert. Er hebt hervor, dass die Integration der Innovationsabteilung im Ressort nur dann erfolgreich sein könne, wenn der Transfer der Handlungsfähigkeit aus der WFB ins Ressort gelinge. Die Abteilung solle weiterhin im operativen Tagesgeschäft mit direktem Kontakt zu Wirtschaft und Wissenschaft tätig sein.

Der Termin 1.1.2017 stehe nicht abschließend fest; die Deputation werde hierzu beteiligt.

**Abg. Kottisch** erklärt, dass in seiner Fraktion zunächst eine kritische Sicht auf die vorgelegte Planung geherrscht habe. Inzwischen überwiege aber die mit der Integration ins Ressort verbundene höhere Wertschätzung der Innovation insgesamt diese Bedenken. Im Zuge der weiteren Planung der Zusammenlegung einer Innovations- und Industrieabteilung im Ressort sollte geprüft werden, ob die BAB einige Aufgaben im operativen Geschäft kompensieren könne.

**Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Bericht über die die Neuaufstellung der WFB zur Kenntnis.

**TOP 18 Bericht über den Vermietungsstand des Forschungs- und Technologiezentrums EcoMaT**

Vorlage Nr. 19/263-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über den Vermietungsstand des Forschungs- und Technologiezentrums EcoMaT zur Kenntnis.

**TOP 19 Landesprogramm „Weiter mit Bildung und Beratung“  
Bilanz und Eckpunkte der Fortführung**

Vorlage Nr. 19/242-L

Die Vorlage wird zurückgezogen.

**TOP 20 Aktuelles**

**TOP 21 Verschiedenes**

**Staatsrat Siering** kündigt an, dass gegebenenfalls eine Sondersitzung am Rande der Bürgerschaftssitzung im Dezember 2016 zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) sowie zu den Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen aus dem Budget des Integrationskonzeptes erforderlich werde. Insbesondere die Beratung des BAP sei zur Absicherung der Beschäftigungsträger von Bedeutung.

**Abg. Frau Böschen** verbindet mit dem BAP die Erwartung einer Absicherung der Frauenberatungsstellen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Kottisch** schließt die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

---

Kottisch  
- Vorsitzender -

---

Für die Protokollführung  
Sengstake

---

Für TOP 12-13  
Stellmacher

**Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel aller Ressorts**

<b>Prioritätsachse</b>	<b>verfügbar <sup>1)</sup></b>	<b>beschlossen <sup>2)</sup></b>	<b>verausgabt <sup>3)</sup></b>
Achse 1 - Innovation	48.140.858	25.520.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	5.953.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.228.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	6.808.500	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	46.631.258	0

<sup>1)</sup> Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

<sup>2)</sup> In Deputationen, Parlamausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

<sup>3)</sup> Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

**Vorhabenliste aller Ressorts**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Vorlage / Projekt</b>	<b>Achse</b>	<b>Laufzeit</b>	<b>beschlossen</b>	<b>verausgabt</b>
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	0 0 0
16	Deputation SWAH HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	0
17	Deputation SWAH HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0

# Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 23.11.2016)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	<b>zuletzt</b> 07.09.2016
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt mit Vorlage)
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 26.10.2016)
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016 vorgesehen für März 2017
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
22.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp Abg. Fecker	zum Sommer 2017
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
24.	Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017	10.08.2016	Abg. Rupp	Anfang 2017
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, Mai 2017
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
29.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Optimierung der Vergabestrukturen	26.10.2016	Abg. Rupp	1. Halbjahr 2017